

## Europäische Einigung als Alternative zur Ostpolitik

Untätigkeit in der Europapolitik warf der CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel, der Bundesregierung vor. Barzel nannte vor den Delegierten des rheinischen CDU-Parteitages in Köln die aktive Europapolitik eine echte Alternative zur Ostpolitik und sagte:

**D**ie Alternative zu der falschen und gefährlichen Ostpolitik der Bundesregierung, durch die

- der europäische Status quo zementiert,
- die atlantische Solidarität untergraben und
- die Gemeinschaftsentwicklung in Westeuropa gefährdet wird,

ist eine eindeutige und entschlossene Politik der europäischen Einigung.

Es genügt nicht, daß man sich — wie die Bundesregierung — darauf beschränkt, lediglich das mitzumachen, was sich mehr oder weniger automatisch aus dem Stand der Integration oder aus Vertragsverpflichtungen ergibt.

Wir müssen immer wieder neue Initiativen ergreifen. Unsere Partner in der Europäischen Gemeinschaft sind darauf eingestellt, mit uns so weit zu gehen, wie unsere Bereitschaft reicht. Der französische Außenminister hat das gerade erneut vor seinem Parlament bekräftigt und vom Ziel der europäischen Einheit ebenso gesprochen wie von der Notwendigkeit, die Politik der freien Länder Europas zu harmonisieren. Und Premierminister Heath ging in seiner Zürcher Rede noch weiter.

### Warum hält sich die Regierung zurück?

Ich kann mich, je länger ich darüber nachdenke, des Eindrucks nicht mehr erwehren, daß die Zurückhaltung der Bundesregierung in den europä-

ischen Dingen nicht einfach auf Versäumnissen oder Kunstfehlern beruht, sondern sich dahinter auch eine andere, neue Zielsetzung verbirgt, die etwas anderes als die politische Union im Auge hat.

### Gefahr der Isolation

Es ist doch offensichtlich, daß die aktuellen Schwierigkeiten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, auch ihre währungspolitische Zerstrittenheit und Ohnmacht, in erster Linie auf das Defizit an politischer Solidarität und europäischem Gemeinschaftsgeist zurückzuführen sind, und das geht diesmal eindeutig auf das Konto der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat, nachdem der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft im Februar dieses Jahres beschlossen hatte, in den Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion einzutreten, durch ihren währungspolitischen Alleingang (Floating) vom 9. Mai diesen Stufenplan praktisch wieder außer Kraft gesetzt.

Die Europapolitik, die die CDU seit Konrad Adenauer erfolgreich betrieben hat und für die die Union auch heute noch steht, entspricht dem elementaren Interesse der deutschen Außenpolitik: Nicht in die Isolation zu geraten!

**F**ür den Stil, das Verfahren und den Inhalt der deutschen Politik bedeutet dies eine ständige Bemühung um Vertrauen. Das heißt: Absichten und Ziele unserer Politik müssen klar und unser Verhalten in jedem Fall eindeutig sein;

die Beständigkeit ist dabei die Voraussetzung für Vertrauens- und Glaubwürdigkeit.

Was aber gewährleistet die Beständigkeit und die Eindeutigkeit der deutschen Politik besser als ihre organisatorische Verkoppelung mit den Politikern der Nachbarn? Sie garantiert zudem unseren Einfluß auf die Gestaltung der europäischen Politik, von deren Verlauf für uns so vieles abhängt.

### Verbindlicher Stufenplan

Der Zusammenschluß Westeuropas ist auch ein wesentliches Element für die Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik und des freien Europas. Nicht nur die NATO, die es in ihrer Funktion und in ihrer Effektivität zu stärken gilt, damit sie ihre Aufgaben der Verteidigung erfüllen kann, ist in diesem Zusammenhang wichtig. Für die Zukunft wird die Schaffung einer Politischen Union in Westeuropa noch wichtiger sein. Ich habe zum Verfahren einen Vorschlag gemacht, der eine Vereinbarung über einen verbindlich terminierten Stufenplan vorsieht.

Angesichts der gegebenen europa- und weltpolitischen Umstände, die durch eine konzentrierte diplomatische Offensive der Sowjetunion auf das westeuropäische Einigungswerk und auf den Zusammenhalt Europas mit Amerika gekennzeichnet sind, benötigen wir schon bald eine gemeinschaftliche Willens- und Handlungseinheit.

Dies auch aus einem weiteren Grunde: Die Fortschritte, die in der westeuropäischen Integration im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich erreicht wurden und ihre Weiterführung zur Wirtschafts- und Währungsunion lassen sich nur sichern, wenn eine entsprechende Vergemeinschaftung auch im Bereich der Außenpolitik erfolgt – oder zumindest verbindlich eingeleitet wird.

### Ziel: die Politische Union

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf:

- In der Frage der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Politischen Union ihre Haltung öffentlich darzulegen. Sie hat dies bisher nicht getan, obwohl hierzu von unserer Seite konkrete und realisierbare Vorschläge veröffentlicht wurden;
- ihre Ostpolitik vorbehaltlos zum Gegenstand der politischen Konsultationen nach dem Dav-

ignon-Verfahren zu machen und ihre ostpolitischen Maßnahmen konsequent einer gemeinschaftlichen Disziplin zu unterwerfen;

- alle Anstrengungen zu unternehmen, daß es zu einer einheitlichen Haltung der europäischen Gemeinschaftsstaaten und der USA im Hinblick auf die von Moskau vorgeschlagene Konferenz über die Sicherheit Europas kommt.

Nur eine Politische Union bietet die Chance, daß Westeuropa sich im Notfall zu helfen weiß.

Aber auch hinsichtlich des Ziels einer Europäischen Friedensordnung, die einmal die Konfrontation und die Unsicherheit in Europa überwinden soll, ist die Vollendung der Politischen Union der westeuropäischen Demokratien eine wesentliche Voraussetzung. Die politische und gesellschaftliche Einigung des demokratischen Europa hat die Überwindung der veralteten Ordnungsstrukturen eingeleitet. Dieses Beispiel einer auf freier Grundlage herbeigeführten Zusammenarbeit und Vergemeinschaftung wird auch in Osteuropa seine Wirkung nicht verfehlen.

### Einige konkret verwirklichte Friedensordnung

Das zusammenwachsende Europa muß offen nach Osten, zur Entspannung und zur Zusammenarbeit bereit sein. Es muß „neue Bedingungen schaffen, die es gestatten, die politische und demokratische Einheit Europas, die Gestaltung des Friedens, die Demokratisierung der bestehenden Institutionen in Europa und, unter anderem, die Lösung des Deutschen Problems konkret in Angriff zu nehmen.“ (Entschließung des Monnet-Komitees vom 15. Juni 1967).

Im übrigen ist die Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten das einzige Stück konkret verwirklichter Friedensordnung in Europa. Wer die Europäische Friedensordnung will, muß diesen ersten Ansatz weiterentwickeln und darf ihn nicht – unter welchen Vorwänden auch immer – behindern.

Die Sowjetunion sollte endlich die Europäische Gemeinschaft anerkennen! Und die Europäische Gemeinschaft sollte „bei der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas die erforderlichen Schritte unternehmen, um einen Kooperationsausschuß einzurichten.“

richten, der ständige Konsultationen über wirtschaftliche und kulturelle Fragen von beiderseitigem Interesse durchzuführen hat.

## Nationalstaat ist den Aufgaben nicht mehr gewachsen

**A**ls erstes Ziel dieser Konsultationen wäre eine Ausweitung des Handels anzustreben, vor allem durch Systeme des multilateralen Zahlungsausgleichs, die Möglichkeit von Krediten und einen verstärkten Austausch technologischer Kenntnisse.“

Unsere Europapolitik ist auch ein Teil der Zukunftsbewältigung, die traditionell der staatlichen Innenpolitik zugerechnet wird und die die Existenzsicherung der Bürger durch das Gemeinwesen betrifft: Die europäische Integration schafft die Voraussetzungen für die Ausbildung einer Aktionseinheit, die nach Art und Umfang den gesellschaftlichen und organisatorischen Aufgaben der Zukunft gemäß ist. Diese Aufgaben, die sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, in der Wissenschaft, in der Technologie, in der Wirtschaft wie im Sozialbereich stellen und die mit der Technisierung, der Urbanisierung und der Industrialisierung unserer Umwelt ständig wachsen, sind – wie wir alle wissen – nicht mehr im Rahmen und mit den Mitteln des europäischen Nationalstaats zu bewältigen.

Die Politik der europäischen Einigung gibt also zutreffend die Antwort auf die deutschen und europäischen Fragen der Gegenwart und der Zukunft.

Das Ziel dieser unserer Politik ist und – hier erlauben Sie mir ein Zitat aus unserem Düsseldorfer Programm – „... die baldige Errichtung eines europäischen Bundesstaates mit einer freiheitlichen demokratischen Verfassung; er allein sichert die historisch gewachsene Identität der europäischen Nationen und gewährleistet gleichzeitig die politische Handlungseinheit Europas“.

## Wie ist das Ziel zu erreichen?

Wir haben konkrete Vorstellungen, wie wir zu diesem Ziel gelangen:

① Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Politischen Union.

Hierzu: Vorlage, Diskussion und Verabschiedung eines Stufenplanes, in dem die Maßnahmen der verschiedenen Stufen verbindlich festgelegt sind.

② Direktwahl des europäischen Parlaments als Beitrag zur Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft.

Hierzu: Vorlage eines Gesetzentwurfs für die Direktwahl zumindest der deutschen Parlamentarier im Europäischen Parlament gleichzeitig mit der nächsten Bundestagswahl.

③ Wiederherstellung der europäischen Solidarität in den Währungsfragen durch feste Wechselkurse.

④ Wiedereintritt in den Plan zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, wie er im Februar d. J. vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft beschlossen wurde.

⑤ Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages in seinem Geist.

Hierzu insbesondere: Intensive Konsultation in allen Fragen der Ostpolitik und der Verteidigungspolitik.

⑥ Herstellung einer einheitlichen Haltung der westeuropäischen Staaten und der USA im Hinblick auf die von Moskau vorgeschlagene Konferenz über die Sicherheit Europas.

⑦ Faire Lösung des USA-Devisenproblems unter Einbeziehung von Überlegungen über eine generelle Lastenverteilung im Rahmen der atlantischen Allianz.

⑧ Bemühungen um eine Europäisierung aller gesellschaftlichen und organisatorischen Aufgaben, die nach Art und Umfang hierfür in Frage kommen, insbesondere in der Entwicklungshilfe, im Umweltschutz, in der technologischen Forschung. Hierzu hat die CDU zum Teil bereits selbst Programme vorgelegt. Zum Teil hat auch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften Vorschläge zu einzelnen Bereichen entwickelt, die es unverzüglich in den politischen Entscheidungsprozeß einzubeziehen gilt.

⑨ Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit den USA. Unsere außenpolitische Alternative Nummer eins heißt: Das freie Europa zum Nutzen des Friedens und der Gerechtigkeit für alle Europäer zur politischen Union zusammenführen.

⑩ Bildung des erwähnten Kooperationsausschusses mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas.

# Sozialdemokraten auf Dummenfang II

In unserer letzten Dokumentation wiesen wir auf Unrichtigkeiten und Halbwahrheiten der SPD-Broschüre „Wort gehalten“ hin. Heute machen wir auf weitere Ungereimtheiten aufmerksam.

**SPD-Dichtung** Ziff. 2: „Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18, des passiven Wahlalters auf 21 Jahre. Geleistet: Seit 31. 7. 1970 Gesetz.“

**Wahrheit:** Die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre (aktiv) bzw. 21 Jahre (passiv) ist auch auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion vom 14. 11. 1969 erfolgt.

**SPD-Dichtung** Ziff. 3: „Überprüfung der Volljährigkeitsgrenze. In Arbeit: Gesetz wird vorbereitet.“

**Wahrheit:** Verschwiegen wird, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. 11. 1970 den Entwurf eines Gesetzes zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters und zur Herabsetzung des Ehemündigkeitsalters des Mannes im Bundestag eingebracht hat (Bundestagsdrucksache VI/1410).

**SPD-Dichtung** Ziff. 55: „Modernisierung der Landwirtschaft. Geleistet: Einzelbetriebliches Förderungs- und Ergänzungsprogramm seit 1. 7. 1971 in Kraft. Agrarsoziales Ergänzungsgesetz am 1. 1. 1971 in Kraft. Endlich Sozialpolitik im Agrarprogramm.“

**Wahrheit:** Das Förderungs- und soziale Ergänzungsprogramm ist finanziell so schlecht ausgestattet, daß zur Zeit nur 4000 Programmanträge vorliegen (Schätzungen der Landwirtschaftskammern). Davon sind rund 3000 Programme noch nach dem alten Höcherl-Plan bewilligt und werden zur Zeit abgewickelt.

In der Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 ist folgende Aussage enthalten, die in „Wort gehalten“ nicht auftaucht: „Wir halten es deshalb für unausweichlich, der Landwirtschaft bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten zu helfen. Sie soll sich zu einem gleichrangigen Teil unserer modernen Volkswirtschaft entwickeln, der an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in vollem Umfange teilnimmt.“

Solange durch die Aufwertung der D-Mark und durch das Floating der Grüne Dollar praktisch beseitigt worden ist und kein gemeinsames Agrarpreisniveau verwirklicht wurde, solange insbesondere die Kostensteigerungen für landwirtschaftliche Betriebsmittel und im landwirtschaftlichen Bauwesen anhalten, kann von einer Teilnahme an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung „in vollem Umfange“ nicht gesprochen werden. Schwerwiegend ist in diesem Zusammenhang, daß die sozialen Ergänzungsmaßnahmen (Anhebung des Altersgeldes für Landwirte, Erhöhung der Renten der Schwerstbeschädigten sowie die Einführung einer Krankenversicherung für Landwirte) nicht im notwendigen Ausmaß durchgeführt wurden. Wettbewerbsverzerrungen ergeben sich für die deutschen Landwirte aber insbesondere auch noch durch die Aufrechterhaltung der Lastenausgleichsabgaben für Landwirte, die von vornherein die deutschen Landwirte mit 40 bis 60 DM/ha belasten.

Die im Ertl-Programm vorgesehene Erhöhung der Landesabgaberenkte als Folge dieses „Sofortprogramms“ der Bundesregierung ist praktisch wirkungslos, da keine entsprechenden Übergangsregelungen in Form von Überbrückungs- und Aussiedelungsbeihilfen gewährt werden und auch nicht im Etatansatz Einzelplan 10 (Landwirtschaft) für 1972 vorgesehen sind.

**SPD-Dichtung** Ziffern 78, 79: „Krebsvorsorge – Frühdiagnose anderer Krankheiten . . .“

**Wahrheit:** Nur der Initiative der CDU/CSU ist es zu verdanken, daß erstmalig Vorsorgeuntersuchungen bei Neugeborenen und Kleinkindern sowie zur Früherkennung von Krebskrankungen und Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten von den gesetzlichen Krankenkassen als Pflichtleistungen gewährt werden.